

Dr. Thomas Wenning
Vorsitzender des Ausschuss für
Umwelt, Klimaschutz, öffentliche
Sicherheit und Ordnung
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld

10.02.2020



per e-mail

nachrichtlich;
Kreis Coesfeld
Linus Tepe
FBL Sicherheit, Bauen, Umwelt
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld

per e-mail

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion Coesfeld
Norbert Vogelpohl

Tiberstraße 43
48249 Dülmen

Fon 01608074051
post@gruene-coe.de
www.gruene-coe.de

Photovoltaik-Offensive

Sehr geehrter Herr Dr. Wenning,

im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2020 hat der Kreistag die Durchführung einer „Photovoltaik-Offensive“ beschlossen. Im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen rege ich einen entsprechenden Bericht der Verwaltung über die zwischenzeitlich durchgeführten Vorbereitungsarbeiten innerhalb der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Norbert Vogelpohl
Sprecher der Kreistagsfraktion

Dr. Thomas Wenning
Vorsitzender des Ausschuss für
Umwelt, Klimaschutz, öffentliche
Sicherheit und Ordnung
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld

10.02.2020



per e-mail

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion Coesfeld
Norbert Vogelpohl

nachrichtlich;
Kreis Coesfeld
Linus Tepe
FBL Sicherheit, Bauen, Umwelt
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld

Tiberstraße 43
48249 Dülmen

Mobil: 01608074051
norbert.vogelpohl@gruene-coe.de
www.gruene-coe.de

per e-mail

Antrag: PV Kampagne

Sehr geehrter Herr Dr. Wenning,

im Namen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stelle ich den folgenden Antrag zur Beratung im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung

Antrag:

Der Kreis Coesfeld initiiert eine öffentliche Photovoltaik-Kampagne die sich an Unternehmen und Privatpersonen richtet.

Begründung

Der Kreis Coesfeld startet eine Photovoltaik - Kampagne die über technischen und finanziellen Rahmenbedingungen, z.B. im Zusammenhang mit örtlichen Ausstellungen und Messen, private Investitionen in PV-Anlagen informiert. Durch Ideen und Gestaltungswettbewerbe können Einsatzbereiche jenseits der bisherigen Dach- und Freilandanlagen ausgelotet werden.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

mit freundlichen Grüßen
gez. Norbert Vogelpohl

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sprecher der Kreistagsfraktion

Sitzungsvorlage

SV-9-1617

Abteilung / Aktenzeichen 01 - Büro des Landrats/ 01	Datum 12.02.2020	Status öffentlich
Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung	25.02.2020	

Betreff **Photovoltaik-Offensive; Bericht der Verwaltung**

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Begründung:

I. V.

Im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2020 hat der Kreistag die Durchführung einer „Photovoltaik-Offensive“ an den Unterausschuss Klimaschutz verwiesen. Die inhaltliche Ausgestaltung der Projektarbeit wird im Unterausschuss Klimaschutz am 05.05.2020 beraten und festgelegt. Die „Photovoltaik-Offensive“ gliedert sich in zwei Teilprojekte auf, zum einen ein „1000-Dächer-Programm“ zur Bezuschussung privater PV-Anlagen, zum anderen die Projektierung von PV-Anlagen auf kreiseigenen und kommunalen Liegenschaften.

Das sogenannte „1000-Dächer-Programm“ ist als Förderung von Photovoltaikanlagen auf privaten Liegenschaften zu verstehen. Ein ähnliches Programm wurde bereits im Kreis Düren umgesetzt, die mit einer Gesamtsumme von 1 Mio. EUR die Errichtung von PV-Anlagen gefördert haben (1.000,- € für 1.000 Antragsteller). Zunächst ist grundsätzlich die politische Entscheidung zu treffen, ob die mittlerweile wirtschaftlich betreibbaren privaten Photovoltaikanlagen zusätzlich mit öffentlichen Geldern gefördert werden müssen. Unabhängig davon ist der personelle Aufwand nach den Erfahrungen des Kreises Düren als sehr hoch einzuschätzen, da die komplette Antragsabwicklung über den Kreis selbst erfolgen müsste. Beim Kreis Düren waren sämtliche Mitarbeiter des Amtes für Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung (19 Beschäftigte) mit der Abwicklung des Förderprogramms beschäftigt. In der aktuellen Konstellation könnte ein solches Förderprogramm somit nicht von der Kreisentwicklung/ dem Klimaschutzmanagement abgewickelt werden. Ohne zusätzliches Personal oder ohne Vernachlässigung bzw. Zurückstellung anderer pflichtiger Aufgaben wäre das Projekt nicht zu bewerkstelligen. Eine solche Förderung würde zudem einer Veranschlagung im Haushalt als Investition erforderlich machen, die wiederum über Jahre umlagewirksam abzuschreiben wäre.

Ungeachtet einer solchen noch zu treffenden Entscheidung kann eine thematische Ausweitung der Beratung von Eigenheimbesitzern im Rahmen des etablierten Programms „Clever wohnen im Kreis Coesfeld“ hinsichtlich der Installation von Photovoltaikanlagen eingebettet werden (s. hierzu auch den Antrag „PV-Kampagne“ von Bündnis 90/Die Grünen).

Die Förderung von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Liegenschaften wurde bereits durch den Kreis Coesfeld initiiert. Über die Tochtergesellschaft „Gesellschaft des Kreises Coesfeld zur Förderung regenerativer Energien mbH“ wurden bislang an drei kreiseigenen Liegenschaften jeweils 10 kWp-Anlagen installiert. Eine weitere Anlage wird im Frühjahr dieses Jahres auf der Dachfläche des neuen Kreishauses V errichtet. Sukzessive sollen über eine Auswertung mithilfe des Solarpotenzialkatasters nicht nur kreiseigene Liegenschaften, sondern auch Liegenschaften der kreisangehörigen Städte und Gemeinden identifiziert werden, auf denen die Installation einer PV-Anlage möglich ist.

Sitzungsvorlage

SV-9-1619

Abteilung / Aktenzeichen 01 - Büro des Landrats/ 01	Datum 12.02.2020	Status öffentlich
Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung	25.02.2020	

Betreff **Initiieren einer öffentlichen Photovoltaik-Kampagne;
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2020**

Beschlussvorschlag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Kreis Coesfeld initiiert eine öffentliche Photovoltaik-Kampagne die sich an Unternehmen und Privatpersonen richtet.

Vorgelegt gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Coesfeld.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1617

Photovoltaik-Offensive; Bericht der Verwaltung

Dezernent Helmich fasst einleitend den Inhalt des Verwaltungsberichtes zusammen. Der Bericht thematisiert u.a. das sog. „1000-Dächer-Programm“, ein Förderprogramm für private Photovoltaikanlagen, welches in ähnlicher Form bereits im Kreis Düren aufgelegt wurde. Während s.B. Dr. Kraneburg ein solches Programm im Kreis Coesfeld befürwortet und anregt, gleich heute einen Beschluss darüber zu fassen, stellt die CDU-Kreistagsfraktion in Person von Ktabg. Schulze Esking die Notwendigkeit eines solchen Programmes in Frage. In Anbetracht stetig sinkender Modulpreise müsse man hinterfragen, ob ein Förderprogramm aus Steuergeldern noch notwendig sei. Ggf. könne im Unterausschuss Klimaschutz, der am 05.05.2020 wieder tagen werde, darüber beraten werden. Ktabg. Kunstlewe und s.B. Dr. Spallek regen an, hierzu einen Mitarbeiter des Kreises Düren einzuladen, um über Kosten und Nutzen des dortigen Förderprogrammes zu referieren. Vorsitzender Dr. Wenning sichert zu, diese Idee für die kommende Sitzung des Unterausschusses aufzugreifen.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-9-1618

Jährliches Erstellen und Veröffentlichen einer CO₂-Bilanz; Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2020

S.B. Dr. Kraneburg erläutert einleitend die eingereichte Beschlussvorlage. Die Aufstellung einer jährlichen CO₂-Bilanz für den Kreis Coesfeld habe zum Ziel, die Gesamtsituation in den Blick zu nehmen, anstatt sich in nicht miteinander koordinierten Einzelmaßnahmen zu verzetteln. Es sei bislang nirgends dokumentiert, welchen Effekt die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen erbracht hätten. I.Ü. würden grundsätzliche Angaben zum Endenergieverbrauch aller Sektoren fehlen. Die Klimaziele von Paris ließen sich nur erreichen, wenn die Klimapolitik auf eine bessere Bewertungsbasis gestellt werde. Als nachahmungswürdig bezeichnet S.B. Dr. Kraneburg die jüngsten Beschlüsse der Stadt Münster. Dort habe man beschlossen, bis zum Jahr 2030 Klimaneutralität zu erreichen. Die Stadt habe zur Abwehr des Klimanotstandes ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, dass u.a. jährliche Zusatzmittel von 10 Mio. Euro für den Klimaschutz beinhalte. S.B. Dr. Spallek fügt hinzu, die Bürger wünschten sich genauere Zahlen zu ihrem CO₂-Fußabdruck, etwa analog zu einer „Schuldenuhr“, die auf der Homepage des Kreises Coesfeld abrufbar sein sollte.

Die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Fraktionen erkennen zwar die Notwendigkeit weiterer CO₂-Einsparungen an, begegnen dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen jedoch durchweg ablehnend. Ktabg. Schulze Esking verweist auf die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes im 3-Jahres-Turnus. Damit sei eine ausreichende Datengrundlage vorhanden. Eine jährliche CO₂-Bilanz verspreche dagegen wenig zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Ktabg. Wohlgemuth merkt an, eine lokale CO₂-Bilanz bringe die Sache nicht voran, so lange globale Problemstellungen wie das stetige Bevölkerungswachstum nicht gelöst seien. Es sei zielführender, die Ressourcen in messbare Projekte zu stecken (z.B. Speichertechniken) anstatt in eine „Schuldenuhr“, die sich ohnehin niemals stoppen lassen werde. Auch Ktabg. Kunstlewe fordert, die Ressourcen in konkrete Maßnahmen leiten, da durch Statistiken allein kein Gramm CO₂ eingespart werde.

Vorsitzender Dr. Wenning gibt zu bedenken, dass die gängigen CO₂-Berechnungen nur auf statistischen Modellen beruhen und nicht einen faktisch messbaren Ausstoß darstellen würden. Gespräche mit EEA-Verantwortlichen hätten ihm bestätigt, dass jährliche Berechnungen keinen Zusatznutzen zu dem 3-Jahres-Turnus hätten.

S.B. Dr. Kraneburg weist noch darauf hin, dass u.a. das Landwirtschaftsministerium und die Bewegung „Scientists for future“ die Erhebung jährlicher CO₂-Daten fordern würden, zieht aber letztlich den eingebrachten Antrag zurück.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-9-1619

Initiieren einer öffentlichen Photovoltaik-Kampagne; Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2020

S.B. Dr. Kraneburg begründet den Antrag auf Initiierung einer Photovoltaikkampagne mit dem Umstand, dass von den 50 möglichen Prozent geeigneter Hausdächer nur 3 % für Photovoltaik benutzt würden. Es fehle häufig an Aufklärung und Motivation, um eine höhere PV-Quote zu erreichen, denn Anlagekapital sei in der Bevölkerung ausreichend vorhanden. Potenzial sehe s.B. Dr. Kraneburg z.B. auf großen Dachflächen von Mehrfamilienhäusern, Industriegebäuden und kommunalen Gebäuden, auf Parkplatzüberdachungen, auf Autobahnbegleitflächen und in integrierten Modulen für Hausfassaden.

Die CDU-Kreistagsfraktion hingegen sieht den Kreis Coesfeld lt. Ktabg. Schulze Esking mit dem im Klimaschutzkonzept enthaltenen Handlungsfeld 8 mit dem Schwerpunkt auf PV-Anlagen gut aufgestellt. Es wird folgender alternativer Beschlussvorschlag eingebracht:

„Der Kreis Coesfeld legt im Rahmen des Handlungsfelds 8 des Klimaschutzkonzepts in Zusammenarbeit mit den hiesigen Netzversorgern und dem Handwerk im Jahr 2020 noch einmal einen besonderen Schwerpunkt auf die Bewerbung von PV-Anlagen.“

Ktabg. Holz ergänzt, die Entwicklung der Photovoltaik hänge vielmehr von bundespolitischen Entscheidungen ab. Maßgeblich sei z.B. die Frage, ob die Bundesregierung sich zu einer Abschaffung des 52-Gigawatt-„Solardeckes“ entschlöße. Außerdem sei es erforderlich, den bundesweiten Netzausbau voranzubringen, um den Solarstromzuwachs auch einspeisen und verteilen zu können.

Ktabg. Kunstlewe merkt in diesem Zusammenhang an, dass das Solarkataster nicht mehr auf der Homepage des Kreises verfügbar sei. MA Holz erklärt, die selben Daten seien nunmehr über das LANUV abrufbar, so dass eine Bereitstellung durch den Kreis Coesfeld nicht mehr erforderlich sei. Das LANUV-Angebot sei auf der Homepage des Kreises aber verlinkt. Dezernent Helmich stellt in Aussicht, die Auffindbarkeit des Solarkatasters für den Bürger – soweit möglich – noch zu verbessern.

Zurückkommend auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet s.B. Dr. Kraneburg darum, diesen ergänzen zu dürfen. Er könne sich vorstellen, im Rahmen der Kampagne einen monatlichen Informationstisch in wechselnden Städten/Gemeinden zu veranstalten. Dies fördere die Einbeziehung

der Bürger. Vorsitzender Dr. Wenning stellt allerdings klar, dass die mündliche Antragsergänzung nicht Gegenstand dieser Beratung sein kann.

MA Holz teilt für die Verwaltung mit, dass schon in den vergangenen Jahren mehrere Veranstaltungen zum Thema Photovoltaik im Kreishaus durchgeführt worden seien (z.B. Sonne im Tank), die auch gut angenommen worden seien. Bewährt habe sich auch das Angebot „Clever Wohnen“.

Vorsitzender Dr. Wenning lässt sodann nacheinander über die beiden Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschlussvorschlag des Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Kreis Coesfeld initiiert eine öffentliche Photovoltaik-Kampagne, die sich an Unternehmen und Privatpersonen richtet.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	2 Ja-Stimmen
	15 Nein-Stimmen
	2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion:

Der Kreis Coesfeld legt im Rahmen des Handlungsfelds 8 des Klimaschutzkonzepts in Zusammenarbeit mit den hiesigen Netzversorgern und dem Handwerk im Jahr 2020 noch einmal einen besonderen Schwerpunkt auf die Bewerbung von PV-Anlagen.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	17 Ja-Stimmen
	2 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-9-1620

PV-Wettbewerb; Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2020

S.B. Dr. Kraneburg stellt die Vorteile eines Ideenwettbewerbes heraus. Ein solcher könne gänzlich andere Aspekte und Ideen zu Tage fördern als es die politischen Gremien täten. S.B. Dr. Spallek ergänzt, die Auslobung eines Wettbewerbes sei ein kostengünstiges Mittel für Öffentlichkeitsarbeit bei gleichzeitiger Chance auf Innovation auf dem Feld des Klimaschutzes. Ktabg. Schulze Esking entgegnet, die bestehenden regionalen Netzwerke erfüllten bereits denselben Zweck. Vorsitzender Dr. Wenning gibt zu bedenken, dass der Antrag richtigerweise im Gremium des Klimapaktes hätte gestellt werden sollen. Er regt an, der dortige Fraktionsvertreter von Bündnis 90/Die Grünen möge den Antrag an den Vorstand des Klimapaktes richten.